

Moment mal

Nur mal rein konsultativ

Von Georg Schmidt

So viel demokratiepolitische Vorbildlichkeit sieht man nicht alle Tage im Landrat. Normalerweise nutzen die Volksvertreter Facebook und Twitter, um die Entscheide in Echtzeit nach draussen mitzuteilen. Oder sich gegenseitig ein wenig anzuzünden, wenn die Ratsdebatte langweilig ist – wie in der



Schule, als wir Zettelchen («Wer das liest, ist doof!») unter den Tischen durchreichten. Nicht so gestern! Da war alles anders. Landrat Balz Stüchelberger postete «nur mal so rein konsultativ: Wir beraten jetzt gleich über eine Änderung des Ferienregimes: von sechs Sommer- und zwei Herbst- zu fünf Sommer- und drei Herbstferienwochen. Wäre das was?» Er erhielt aus allen Richtungen Antworten.

«Als berufstätige Mutter sage ich Nein!», teilt beispielsweise Sibylle von Heydebrand mit. «Bei uns im Aargau haben wir fünf Wochen Sommerferien und drei Wochen Herbstferien – für meine Kids stimmts», schreibt Alessia Buchmüller. Und Claudia Illgen: «Die Weihnachtsferien zu verlängern, fände ich besser.»

Aber nicht nur die Flugtickets und Hotelzimmer organisierenden Mamis draussen in der Realwelt meldeten sich zu Wort – auch die Politik tat ihre Meinung kund. Kurz und knapp schaltete sich Nationalrätin Elisabeth Schneider zu: «Nein!», lautet ihre Antwort. Landrätin Daniela Gaugler hingegen siehts anders: «Ja, drei Wochen Herbstferien sind für Familien sicherlich von Vorteil. Fünf Wochen Sommerferien sind noch immer genug lang.» Und Juso-Vizepräsident Adil Koller, der die Debatte live vor Ort mitverfolgte, postet: «Die Tribüne sagt Nein.» Kommentar Nummer 34 stammt dann wieder von Stüchelberger selbst, der die «gelebte Demokratie» lobt. Er habe den bisherigen Statements einen leichten Trend zur Beibehaltung des bisherigen Systems entnommen und entsprechend abgestimmt, teilt er mit – leider ohne sich am Schluss bei der Mehrheit des Landrats wiederzufinden (siehe Nachrichten).

Ja, ja – schon gehen sie wieder los, die Diskussionen um die Politiker, die eh machen, was sie wollen, und sich nicht um Volkes Meinung kümmern. Vielleicht hätte Stüchelberger doch nicht nur «rein konsultativ» fragen sollen. georg.schmidt@baz.ch

Wüthrich gerät unter Druck

Landrat löchert Bildungsdirektor zu Zwangsverschiebungen



In der Kritik. Die Verschiebung von Schülern bereitet Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) Kopfzerbrechen. Foto Roland Schmid

Von Alessandra Paone

Liestal. Der Unmut wegen der Zwangsverschiebungen von Schülern an Sekundarschulen wächst – auch unter den Baselbieter Landräten. Zwar hatte das Kantonsparlament im Januar 2010 der neuen Schulkreisbildung zugestimmt und somit auch grünes Licht erteilt für die Versetzung von Kindern innerhalb der Schulkreise. Doch offensichtlich waren sich die Politiker nicht über die Auswirkungen ihres Entscheids bewusst. Einzig die Grünen hatten damals Bedenken geäußert und sich dagegen gewehrt, dass «man zwangsweise Schüler im halben Kanton herum-schieben kann».

Seit Wochen erhalten nun die Landrätinnen und Landräte Briefe und E-Mails von besorgten Eltern, die sich über die schlechte Kommunikation des Amtes für Volksschulen (AVS) und der Regierung beschwerten und deren Kompetenz infrage stellen. Die Verbesserung der Kommunikation, die der Landrat vom AVS und der Regierung forderte, habe nicht stattgefunden, klagen die Eltern. Stattdessen würden

wiederholt falsche Zahlen kommuniziert und das Auswahlverfahren erwecke den Anschein reiner Willkür.

«Der Aufwand wäre zu gross»

Die heftigen Reaktionen der Eltern scheinen die Landräte unter Druck gesetzt zu haben. An der gestrigen Landratssitzung wurde das Thema Zwangsverschiebungen während der Fragestunde intensiv behandelt. So wollte etwa Christine Koch Kirchmayr (SP) von Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) wissen, warum Kinder aus Therwil nach Binningen und nicht in die Nachbargemeinde Oberwil verschoben werden sollen. Wüthrich wies darauf hin, dass in Oberwil die Klassen im Niveau A schon überfüllt seien und es keinen Sinn mache, Kinder von Oberwil nach Binningen zu verschieben, nur damit die Therwiler Schüler dann nach Oberwil zur Schule gehen können. «Der Aufwand wäre zu gross, und die Akzeptanz würde dadurch nicht grösser», sagte er.

SVP-Landrat Urs-Peter Moos erkundigte sich nach den Kosten, welche die Schulleitungen, der Briefwechsel

und überhaupt die ganze administrative Arbeit verursachen. Der Aufwand sei in der Tat sehr gross, sagte Wüthrich. Jedoch seien die entstehenden Kosten weit von den elf Millionen Franken entfernt, die durch die Verschiebungen jährlich eingespart werden können.

Regierung prüft Zustupf an Eltern

Viele betroffene Eltern beschwerten sich über die Mehrkosten, die wegen der Zwangsverschiebung auf sie zukommen. Hans-Jürgen Ringgeberg (SVP) fragte deshalb, ob der Kanton bereit sei, etwas an die Fahrkosten zu zahlen. Konkreter wird der Allschwiler SP-Landrat Andreas Bammatter: In einem Vorstoss, den er demnächst einreichen will, fordert er einen Maximalbetrag von 1000 Franken pro Jahr und Schulkind, das nicht ins nächstliegende Schulhaus zugeteilt wird.

«Die Regierung gibt sich bei dieser Frage auf Glatteis, steht sie doch irgendwie im Widerspruch zur beschlossenen Ausdünnung des ÖV-Angebots im Oberbaselbiet», gab Wüthrich zu bedenken. Der Regierungsrat werde das Anliegen dennoch prüfen, versprach er. Der Bildungsdirektor versicherte ausserdem, die von den Eltern geäußerte Kritik zu analysieren und Massnahmen zur Verbesserung zu ergreifen.

Ein Zeichen im Schulstreit

Wer auswärts zur Schule muss, erhält in Allschwil finanzielle Hilfe

Von Georg Schmidt

Allschwil. Am Vorabend der gestrigen Landratssitzung (Text links) waren die Schulzuteilungen im Allschwiler Einwohnerrat das beherrschende Thema – und das Gemeindeparlament will den betroffenen Familien wie schon im vergangenen Jahr finanziell unter die Arme greifen. Mehrere dringliche Vorstösse boten am Mittwoch die Grundlage für eine Diskussion, die viel parteiübergreifende Einigkeit erkennen liess.

Dass sechs Allschwiler Kinder – so der aktuelle Stand am Mittwoch – im kommenden Schuljahr nach Binningen zur Schule müssen, stiess durchs Band auf Unverständnis. In einem der Vorstösse ist von einem «untragbaren Zustand» die Rede. Und: Es sei eben nicht so, dass alle Kinder ins nächste Dorf müssten, weil die Schule nun mal dort sei; es würden nur einzelne Kinder herausgeplückt – und das führe zu Ungerechtigkeiten.

Antrag schon vor Wochen gestellt

Auch Gemeinderätin Franziska Pausa, zuständig für das Dossier Bildung, kritisierte die «Sparpolitik» an der Schule. Das Amt für Volksschulen habe den Gemeinden Allschwil, Binningen, Oberwil und Therwil, die einen Schulkreis bilden, vier Klassen weniger bewilligt als ein Jahr zuvor; das habe die Klassenbildungen für die Schulleitungen noch viel komplizierter gemacht. Zusammen mit den Kollegen aus Schönenbuch habe der Allschwiler Gemeinderat aber schon vor Wochen bei Bildungsdirektor Urs Wüthrich den Antrag für eine zusätzliche Klasse im Sek-Niveau E gestellt – bisher habe man aber keine Antwort aus Liestal erhalten.

Der Einwohnerrat hatte sich im Vorfeld der Mittwochssitzung allerdings nicht auf einen gemeinsamen Vorstoss einigen können, sodass jetzt zwei Postulate zur Berichterstattung an den Gemeinderat gehen, der sich zur Entgegennahme bereit erklärt hatte. Pro Jahr und Schulkind, das auswärts zum Unterricht muss, so heisst es im Vorstoss von SP, EVP, GLP, Grünen, SD und SVP, sollen 1000 Franken vergütet werden. Die CVP ihrerseits will die «Mehrkosten für Fahrtweg und Verpflegung» abgedeckt haben – eine Lösung, die dem letztjährigen Beschluss nahekommt.

Die Debatte war nicht ganz frei von gegenseitigen Schuldzuweisungen: Haben die eigenen Landräte falsch gestimmt, als die Schulkreise beschlossen wurden? Hat der Schulrat zu wenig interveniert? Oder liegt es an der Schulleitung? Diskutiert wurde aber auch über Lösungen wie etwa die ausserordentliche Aufstockung einzelner Klassen oder die Zuteilung eines Kindes in ein anderes Niveau. Solche Vorschläge, das zeigte die Debatte allerdings auch, haben meist ihre Tücken.

Hohes Honorar sorgt für Ärger

Teure Beratung bei Sparpaket

Liestal. «Hört doch endlich mal aufs Volk, was es zum ganzen Sparpaket sagt», wettete SVP-Landrat Georges Thüring. Die Abstimmung am 17. Juni über das Entlastungsrahmengesetz stehe auf der Kippe. «Da müsst ihr euch nicht wundern, wenn die Vorlage Schiffbruch erleidet. Die Leute wollen wissen, was läuft.» Thüring sprach eine Meldung der Sonntagspresse an, wonach die Regierung zur Planung des Sparpaketes 750 000 Franken an die Unternehmensberatungsfirma Boston Consulting bezahlt haben soll. Viele Politiker zweifeln allerdings daran, dass der Nutzen die Kosten überwiegt.

Im Volk werde nicht verstanden, dass in gewissen Bereichen jeder Franken zweimal umgedreht, hier aber viel Geld ausgegeben werde. Mit einer dringlichen Interpellation verlangte Thüring Aufklärung. Der Dringlichkeit wurde aber vom Landrat nicht stattgegeben. Es sei allerdings wünschenswert, wenn die Antworten der Regierung vor der Abstimmung folgen würden. Die Regierung kündigte denn auch an, den Vorstoss an der nächsten Ratssitzung zu beantworten. dab

Strengere Regeln für Staatspersonal

Landrat spricht sich für Gesetzänderung aus

Von Daniel Ballmer

Liestal. «Es handelt sich um eine Verschärfung des Personalrechts», stellte Regula Meschberger (SP) klar. So wird mit den geplanten Änderungen im Personalgesetz etwa der Kündigungsschutz aufgeweicht. Gleichzeitig wies die Präsidentin der vorberatenden Personalkommission aber darauf hin, dass die Verhältnismässigkeit auch in Zukunft gewahrt bleiben werde.

Die Änderungen der personalrechtlichen Bestimmungen für die Baselbieter Staatsangestellten betreffen neben dem Bereich Kündigung auch die Bereiche Probezeit und Abgangschädigung. Durch die Verkürzung der Probezeit würden für neu eintretende Mitarbeitende der Kündigungsschutz und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verbessert, betonte die Regierung. Doch es gibt auch Verschärfungen: So soll einer Beschwerde gegen eine Kündigung künftig keine aufschiebende Wirkung mehr zukommen.

«Das ist ein weiterer Schritt weg vom Beamtenstatus. Und das ist ein Schritt in die richtige Richtung», kommentierte

SVP-Sprecher Thomas Weber. Bei Kündigungen dürfe nicht das Wohl des Einzelnen höher gewichtet werden als jenes der Abteilung oder des Kantons, was heute leider auch vorkomme.

Viele Hindernisse bei Kündigungen

In dieselbe Kerbe schlug die CVP: Es müsse möglich sein, sich im Notfall von Mitarbeitenden trennen zu können. Heute aber bestehe bei Kündigungen eine «Kaskade von Hindernissen». Es werde erwartet, dass diese nun auch wirklich wegfallen. Und Marco Born doppelte sogleich nach: «Es braucht eine Möglichkeit, Angestellte zu bestrafen, die das System ausnutzen», erklärte der FDP-Sprecher. «Es gibt Mitarbeitende, die sich in der Probezeit anständig verhalten und danach dann doch wieder in den alten Trott verfallen.»

Für die Staatsangestellten setzte sich in der Debatte einzig die SP ein. Zwar sprach auch sie sich für die Änderung des Personalgesetzes aus. «Bei der Verschärfung des Arbeitsrechts wehren wir uns aber gegen eine Salamiaktik», stellte Mirjam Würth klar. «Das ist die letzte Anpassung, die wir unterstützen.

Nachrichten

In der Bildung soll nicht weiter gespart werden

Liestal. Nach langer, intensiver Diskussion hat der Landrat ein Postulat der SVP für eine Überprüfung des Spar- und Optimierungspotenzials im Bildungswesen abgelehnt. Die SVP hatte damit argumentiert, dass der Anstieg der Bildungskosten im Kanton markant sei. Allein in den Jahren 2000 bis 2009 seien sie um fast 50 Prozent auf über 760 Millionen Franken angestiegen. Die Ratsmehrheit allerdings sprach sich dagegen aus, dass einseitig im Bildungswesen nach weiterem Sparpotenzial gesucht wird.

Parlament will keine kürzeren Sommerferien

Liestal. Der Landrat will nicht die Sommerferien von sechs auf fünf Wochen verkürzen und im Gegenzug die Herbstferien von zwei auf drei Wochen verlängern. Er hat ein entsprechendes Postulat abgeschrieben. Dabei stützte er sich auf eine Erhebung der Bildungsdirektion, wonach kein Bedürfnis nach einer solchen Änderung bestehe.

Pistenverlängerung stürzt im Landrat ab

Liestal. Gar nichts hält der Landrat von einer Verlängerung der Ost-West-Piste am EuroAirport um 600 Meter. FDP-Landrat Siro Imber hatte die Prüfung eines solchen 100-Millionen-Projekts angeregt. Ziel wäre es, die Nutzung der Ost-West-Piste zu erhöhen und Südflüge über das Baselbiet zu verringern. Die EVP etwa sprach von einem «völlig unrealistischen Projekt, das von Frankreich sicher nicht unterstützt würde». Auch sei dadurch eine Verringerung des Fluglärms für Baselbieter Gemeinden kaum zu erreichen, wurde argumentiert.

Thomas Schulte verlässt das Kantonsparlament

Liestal. Der Oberwiler FDP-Landrat Thomas Schulte tritt aus dem Kantonsparlament zurück. Der Gärtnermeister sass während neun Jahren im Landrat und war Mitglied der Bau- und Planungskommission sowie der Umweltschutz- und Energiekommission. Für Schulte nachrückend wird Jurist Andreas Dürr (geboren 1962) aus Biel-Benken.